

**Niederschrift über die 4. Sitzung des Rates der Stadt
Coesfeld am 10.02.2026, 16:00 Uhr, Sitzungssaal Rathaus,
Markt 8, 48653 Coesfeld**

Anwesenheitsverzeichnis

Bemerkung

Ratsmitglieder		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dennis Bachmann	CDU	
Frau Beate Balzer	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Robert Böyer	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Günter Alfred Büscher	CDU	
Herr Dirk Christian de Beyer	VOLT	
Frau Nicole Dicke	Pro Coesfeld	
Herr Christoph Fels	CDU	
Herr Josef Flögel	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Silke Hellenkamp	CDU	
Herr Alois Homann	CDU	
Herr Heiner Bernhard Honermann	VOLT	
Herr Henning Jaske	CDU	
Herr Ludger Kämmerling	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
Herr Jens Kielmann	CDU	
Frau Sabrina Klöpffer	CDU	
Herr Markus Köchling	CDU	
Frau Angela Kullik	FAMILIE	
Herr Tobias Musholt	CDU	
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Herr Benedikt Öhmann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Alexander Ruthmann	CDU	
Frau Frieda-Marie Schmitz	SPD	
Frau Irene Schneider	CDU	
Herr Josef Schulze Spüntrup	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	
Herr Marcel Stratmann	FAMILIE	
Frau Bettina Suhren	SPD	
Herr Matthis Tasler	SPD	
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Herr Lars Vogel	CDU	

Frau Patricia Vogel	Pro Coesfeld	
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
Herr Johannes Warmbold	CDU	
Frau Elke Maria Wehling	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Holger Weiling	CDU	
Verwaltung		
Frau Antonia Gerding	FB 10	
Herr Philipp Hänsel	I. Beigeordneter	
Frau Christin Mittmann	Kämmerin	
Herr Frank Noll	FB 20	
Herr Christoph Thies	II. Beigeordneter	
Frau Katharina Woltering	FB 10	
Herr Klaus Volmer	FBL 10	

Schifführung: Frau Katharina Woltering

Herr Lars Vogel eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 18:44 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 3 Antrag der Fraktion Volt auf Umbesetzung des Aufsichtsrates SEG - gemeinnützige Stadtentwicklung GmbH
Vorlage: 020/2026
- 4 Antrag auf Umbesetzung des Betriebsausschusses des Abwasserwerks
Vorlage: 023/2026
- 5 Gemeinsamer Antrag der SPD- und CDU-Fraktion auf Präsentation von Projekten der Energy
Vorlage: 025/2026
- 6 Digitale Gremienarbeit
Vorlage: 021/2026
- 7 Änderung der Verwaltungsgebührensatzung
Vorlage: 006/2026
- 8 Satzung für das Jugendamt der Stadt Coesfeld
Vorlage: 374/2025
- 9 StadtBus im On-Demand-Verkehr: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Coesfeld
Vorlage: 035/2026
- 10 Bebauungsplan Nr. 165 "Wohngebiet zwischen Daruper Straße / Am Honigbach"
Vorlage: 001/2026
- 11 Bebauungsplan Nr. 146.1 "Bürgerwindpark Goxel"
Vorlage: 113/2025
- 12 Bebauungsplan Nr. 166 "Wohngebiet Jansweg/Bergstraße/Coesfelder Straße" - Satzungsbeschluss
Vorlage: 409/2025
- 13 Bebauungsplan Nr. 167 "Wohnquartier zwischen Billerbecker Straße / Lange Stiege" - Satzungsbeschluss
Vorlage: 413/2025
- 14 Masterplan Mobilität, Maßnahme E1: Bestätigung des Umsetzungsplans für das Parken in der Innenstadt
Vorlage: 392/2025
- 14.1 Masterplan Mobilität, Maßnahme E1: Bestätigung des Umsetzungsplans für das Parken in der Innenstadt - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Alternativer Umsetzungsplan für das Parken in der Innenstadt
Vorlage: 392/2025/1
- 15 Anträge der Fraktionen zum Stellenplan
- 15.1 Klimaschutz- und Projekt-Koordination - Anträge der CDU-Fraktion sowie der Fraktion Pro Coesfeld zum Stellenplan 2026
Vorlage: 050/2026
- 15.2 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld auf Stellenbemessung im Fachbereich 70 „Straßenneubau, -unterhaltung, Brücken“
Vorlage: 051/2026

- 16 Stellenplan 2026
Vorlage: 022/2026
- 17 Machbarkeitsstudien Grundschulen - Umbaumaßnahmen
Vorlage: 319/2025
- 18 OGS-Ausbau: Ludgerischule - Alternative Umsetzungsvariante
Vorlage: 415/2025
- 19 Soziale Betreuung in den städtischen Obdachlosenunterkünften
Vorlage: 002/2026
- 20 Antrag auf Basisfinanzierung des Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Coesfeld e.V.
Vorlage: 210/2025
- 21 Anträge der Fraktionen zur Haushaltssatzung
- 21.1 Antrag auf Zurückstellung des Baus der Hochsicherheitspoller am Marktplatz
Vorlage: 034/2026
- 21.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Aufstockung Klimaschutzfonds
Vorlage: 026/2026
- 21.3 Antrag zum Haushalt 2026 auf Bereitstellung finanzieller Mittel für die Anschaffung mobilen Equipments zur Videoübertragung von Ausschusssitzungen
Vorlage: 039/2026
- 21.4 Antrag der CDU-Fraktion vom 14.01.2026 - Reduzierung im Budget 60 Produkt 60.01.
Vorlage: 036/2026
- 21.5 Antrag der CDU-Fraktion vom 14.01.2026 - Investition 70STR121 soll mit einer neuen Überplanung reduziert werden.
Vorlage: 048/2026
- 22 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Coesfeld für das Haushaltsjahr 2026
Vorlage: 028/2026
- 23 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Verlängerung Erbbaurecht DJK Lette
Vorlage: 310/2025
- 3 Bericht über den Erlass und die Niederschlagung von Geldforderungen
Vorlage: 032/2026
- 4 Reservierung einer Gewerbefläche
Vorlage: 237/2025
- 5 Veräußerung von Grundstücksteilflächen
Vorlage: 024/2026
- 6 Veräußerung eines Grundstücks
Vorlage: 412/2025
- 7 Veräußerung von zwei Teilflächen
Vorlage: 038/2026
- 8 Ankauf einer Gewerbefläche
Vorlage: 037/2026

9 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Einwohnerfragestunde
-------	----------------------

Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 2	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister, Lars Vogel, eröffnet die Sitzung und richtet Grüße von Bürgermeisterin Eliza Diekmann-Cloppenburg aus, die sich im Mutterschutz befindet.

Herr Beigeordneter Thies berichtet über den Straßenabbruch an der Bruchstraße / K48:

In den Abendstunden des 6. Februar kam es auf der Kreisstraße 48 zwischen Lette und der Landstraße 600 auf Höhe des Quarzwerks zu einem Absacken der Straße auf einer Länge von rund 80 Metern.

Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr sperrten die K 48 aufgrund entsprechender Hinweise endgültig ab, bevor sie abbrach. Auch die Stadtwerke waren frühzeitig vor Ort, um die Stromversorgung sicherzustellen. Es gab keine Personenschäden. Die Abbruchkante wurde mit einem Zaun großräumig gesichert.

Derzeit finden gutachterliche Vermessungen zur Feststellung des Ausmaßes der Rutschbewegungen und Schäden sowie zur Erfassung der Ursachen statt. Zusätzlich erfolgen regelmäßige Kontrollen rund um die gesamte Abbaufäche, um mögliche weitere Erdrutschbewegungen an anderen Stellen erkennen zu können. Hinweise hierüber liegen nicht vor. Erkenntnisse, wonach die Bahnstrecke gefährdet ist, bestehen ebenfalls nicht.

Der entlang der K 48 verlaufende Schulbusverkehr wurde durch die RVM schnell umorganisiert. Betroffene Eltern und Kinder wurden darüber informiert, dass verschiedene Haltestellen nicht angefahren werden können und es wurden vorübergehende Ausweichhaltestellen benannt.

Gemeinsam mit der Polizei und dem Kreis Coesfeld wurden zwei Umleitungsstrecken für den Durchgangsverkehr festgelegt. Diese führen in beide Richtungen großräumig von Lette aus Richtung Maria Veen, entweder über die Coesfelder Umgehungsstraße und Stevede oder über die B474 in südlicher Richtung über Merfeld und die B 67 (s. Präsentation in der Anlage zur Niederschrift).

Im Nahbereich der Bruchstraße wurden für den Anliegerverkehr Wirtschaftswege vorläufig in Einbahnstraßen umgewandelt, um eine Überlastung der Oberflächen und Bankette durch zu erwartenden Schleichverkehr zu vermeiden.

In den nächsten Tagen sollen alle nötigen Verkehrszeichen und Umleitungsschilder aufgestellt sein. Die Verkehrssituation wird laufend im Auge behalten und, falls nötig, nachgesteuert.

Aktuell kann noch nicht abgesehen werden, wann mit den Wiederherstellungsarbeiten der Straße begonnen werden kann.

TOP 3	Antrag der Fraktion Volt auf Umbesetzung des Aufsichtsrates SEG - gemeinnützige Stadtentwicklung GmbH Vorlage: 020/2026
-------	--

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die Aufsichtsratsmitglieder der Fraktion Volt im Aufsichtsrat der SEG – gemeinnützige Stadtentwicklung GmbH der Stadt Coesfeld wie folgt umzubesetzen:

Bisheriges ordentliches Mitglied

Herr Franz Lenhard (skB)

Neues Ordentliches Mitglied

Herr Heiner Honermann

Bisheriger persönlicher Vertreter

Herr Heiner Honermann

Neuer persönlicher Vertreter

Herr Franz Lenhard (skB)

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	38	0	0

TOP 4	Antrag auf Umbesetzung des Betriebsausschusses des Abwasserwerkes Vorlage: 023/2026
-------	--

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die Vertreter der Fraktion Volt im Betriebsausschuss des Abwasserwerkes der Stadt Coesfeld wie folgt umzubesetzen:

Bisheriges ordentliches Mitglied

Herr Franz Lenhard (skB)

Neues ordentliches Mitglied

Herr Karr-Heinz Gerling (skB)

Bisheriges stellvertretendes Mitglied

Herr Karr-Heinz Gerling (skB)

Neues stellvertretendes Mitglied

Herr Franz Lenhard (skB)

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	38	0	0

TOP 5	Gemeinsamer Antrag der SPD- und CDU-Fraktion auf Präsentation von Projekten der Emergy Vorlage: 025/2026
-------	---

Beschlussvorschlag der Antragsteller:

Die Bürgermeisterin lädt Verantwortliche der Emergy Erneuerbare GmbH zeitnah zu einer Sitzung des Rates der Stadt Coesfeld ein. Der Gesellschaft wird dabei Gelegenheit gegeben, aktuelle Projekte – insbesondere in den Tätigkeitsfeldern der Erzeugung von elektrischer Energie aus Windenergieanlagen und deren Schwarmfinanzierung – vorzustellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der Antragsteller	38	0	0

TOP 6	Digitale Gremienarbeit Vorlage: 021/2026
-------	---

Herr Tranel teilt mit, dass der Zuschuss in Höhe von 300 € nicht mehr angemessen sei, gemessen an dem aktuellen Preisniveau. Er beantragt daher, die Beschlussfassung zu vertagen und bittet die Verwaltung, sich bei den Nachbarkommunen zu erkundigen, in welcher Höhe die digitale Gremienarbeit dort bezuschusst wird.

Herr Nielsen wirft ein, dass in diesem Zusammenhang auch die sachkundigen Bürger berücksichtigt werden sollten.

Beschlussvorschlag:

Ratsmitgliedern, die an der papierlosen, digitalen Gremienarbeit teilnehmen, wird auf Antrag für die Anschaffung eines privaten Endgeräts ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 300,00 Euro ausbezahlt oder alternativ ein durch die Stadt Coesfeld konfiguriertes und verwaltetes Endgerät zur Verfügung gestellt.

Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion:

Es wird beschlossen, das Thema zu vertagen bis die Verwaltung Informationen eingeholt hat, in welcher Höhe andere Kommunen die digitale Gremienarbeit bezuschussen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion	38	0	0

TOP 7 Änderung der Verwaltungsgebührensatzung
Vorlage: 006/2026

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Coesfeld wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	38	0	0

TOP 8 Satzung für das Jugendamt der Stadt Coesfeld
Vorlage: 374/2025

Beschlussvorschlag:

Die im Entwurf als Anlage 2 beigefügte Satzung für das Jugendamt der Stadt Coesfeld wird beschlossen. Zugleich verliert die Satzung für das Amt für Jugend und Familie der Stadt Coesfeld vom 17.12.2009 ihre Gültigkeit.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	38	0	0

TOP 9 StadtBus im On-Demand-Verkehr: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Coesfeld
Vorlage: 035/2026

Beschlussvorschlag:

Dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen Kreis und Stadt Coesfeld zur zweckgebundenen und befristeten Delegation der Vergabezuständigkeit und der ebenso zweckgebundenen und befristeten ÖPNV-Aufgabenträgerschaft zur Umsetzung des Förderprojektes „On-Demand-StadtBus in der Stadt Coesfeld“ wird – vorbehaltlich einer Förderzusage an die Stadt Coesfeld – zugestimmt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	38	0	0

TOP 10 Bebauungsplan Nr. 165 "Wohngebiet zwischen Daruper Straße / Am Honigbach"
Vorlage: 001/2026

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die Öffentlichkeit und die Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß den §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB frühzeitig an dem Planverfahren auf Grundlage der Planvariante A (s. Anlage 2) zu beteiligen.

Alternativer Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die Öffentlichkeit und die Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß den §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB frühzeitig an dem Planverfahren auf Grundlage der Planvariante B (s. Anlage 3) zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	obsolet		
Alternativer Beschlussvorschlag	33	5	0

TOP 11 Bebauungsplan Nr. 146.1 "Bürgerwindpark Goxel"
Vorlage: 113/2025

Herr Volmer erläutert, dass die Politik damals bewusst den Weg der Aufstellung des Bebauungsplans gegangen sei, um formal die Bevölkerung beteiligen zu können. Aus rechtlicher Sicht müsse das Verfahren nun aufgehoben werden. Weil dadurch auch die Beteiligung der Öffentlichkeit zurückgenommen wird, werde die Fraktion Pro Coesfeld den Beschlussvorschlag ablehnen.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, den Aufstellungsbeschluss vom 29.09.2016 sowie den Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vom 01.07.2021 im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 146/1 „Bürgerwindpark Goxel“ aufzuheben.

Das Bauleitplanverfahren zum Bebauungsplan Nr. 146/1 „Bürgerwindpark Goxel“ wird eingestellt und nicht weitergeführt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	33	5	0

TOP 12	Bebauungsplan Nr. 166 "Wohngebiet Jansweg/Bergstraße/Coesfelder Straße" - Satzungsbeschluss Vorlage: 409/2025
--------	---

Beschlussvorschlag 1:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken geäußert wurden.

Beschlussvorschlag 2:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 04 beschlossen.

Beschlussvorschlag 3:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 4a (3) BauGB keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken geäußert wurden.

Beschlussvorschlag 4:

Die Abwägung der im Rahmen der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a (3) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 05 beschlossen.

Beschlussvorschlag 5:

Der Bebauungsplan Nr. 166 „Wohngebiet Jansweg/Bergstraße/Coesfelder Straße" wird unter Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung erlassen und ihm die dazugehörige Begründung beigegeben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge 1-4 en bloc	38	0	0
Beschlussvorschlag 5	38	0	0

TOP 13	Bebauungsplan Nr. 167 "Wohnquartier zwischen Billerbecker Straße / Lange Stiege" - Satzungsbeschluss Vorlage: 413/2025
--------	---

Beschlussvorschlag 1:

Die Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 6 beschlossen.

Beschlussvorschlag 2:

Die Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 6 beschlossen.

Beschlussvorschlag 3:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 7 beschlossen.

Beschlussvorschlag 4:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 8 beschlossen.

Beschlussvorschlag 5:

Die Abwägung der im Rahmen der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 4a (3) BauGB i. V. m. § 3 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 9 beschlossen.

Beschlussvorschlag 6:

Die Abwägung der im Rahmen der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a (3) BauGB i. V. m. § 4 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 10 beschlossen.

Beschlussvorschlag 7:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der zweiten erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 4a (3) i. V. m. § 3 (2) BauGB keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken geäußert wurden.

Beschlussvorschlag 8:

Die Abwägung der im Rahmen der zweiten erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a (3) BauGB i. V. m. § 4 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 11 beschlossen.

Beschlussvorschlag 9:

Der Bebauungsplan Nr. 167 "Wohnquartier zwischen Billerbecker Straße / Lange Stiege" wird unter Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung erlassen und ihm die dazugehörige Begründung beigegeben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge 1-8 en bloc	38	0	0
Beschlussvorschlag 9	38	0	0

TOP 14	Masterplan Mobilität, Maßnahme E1: Bestätigung des Umsetzungsplans für das Parken in der Innenstadt Vorlage: 392/2025
--------	--

Herr Flögel erläutert, auch bezogen auf den Antrag der Fraktion Bündnis/90 Die Grünen (TOP 14.1), dass es aktuell ausreichend Parkplätze gebe und eine Spitzenauslastung bei 81 % eigentlich optimal sei. Den zusätzlichen Bedarf sieht er daher als konstruiert an. Dieser basiere, so Herr Flögel, auf der Annahme, dass alle in den Parkhäusern parken würden, was aber nicht der Fall sei. Daher schlägt Herr Flögel vor, zunächst die Parkflächen an der Kleinen Viehstraße umzulegen, um auch das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger zu testen.

Bei den Kosten eines Stellplatzes könne man nur defizitär wirtschaften, sodass große Fehlbeiträge entstehen würden. Zudem, so Herr Flögel, würden die Leute nicht in kostenpflichtigen Parkhäusern parken, sondern lieber weitere Wege laufen. Daher bekundet er große Skepsis gegenüber der Akzeptanz der geplanten Maßnahme und wirbt für den alternativen Beschlussvorschlag in der Ergänzungsvorlage.

Beschlussvorschlag:

Der in der Ratssitzung vom 09.10.2025 mit der Vorlage 213/2025 vorgelegte Umsetzungsplan für das Parken in der Innenstadt wird bestätigt. Die dort genannten notwendigen Kapazitätserweiterungen werden als Grundlagen für die weiteren Planungen festgesetzt. Über ein Monitoring der jeweils aktuellen Parkraumbelegung ist die Aktualität der Festsetzungen zu evaluieren. Die Ergebnisse sind dem Rat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	30	8	0

TOP 14.1 Masterplan Mobilität, Maßnahme E1: Bestätigung des Umsetzungsplans für das Parken in der Innenstadt - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Alternativer Umsetzungsplan für das Parken in der Innenstadt
Vorlage: 392/2025/1

Durch die Annahme des Beschlussvorschlages der Verwaltung unter TOP 14 ist eine Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen obsolet.

Beschlussvorschlag:

1. Der Umsetzungsplan für das Parken in der Innenstadt wird so weiterentwickelt, dass die Verlagerung von Stellplätzen aus dem innerstädtischen Straßenraum unter Nutzung bestehender Parkeinrichtungen sowie des geplanten Parkhauses Münsterstraße erfolgt.
2. Die weitere Verlagerung des Anwohnerparkens wird durch ein Bündel ergänzender organisatorischer und steuernder Maßnahmen ermöglicht.
3. Zur Steuerung der Umsetzung wird ein Monitoring beschlossen. Das geplante Monitoring wird um digitale Parkleitfunktionen ergänzt, die die Verkehrsteilnehmenden über geeignete digitale Anwendungen gezielt zu verfügbaren Parkplätzen führen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag		obsolet	

TOP 15 Anträge der Fraktionen zum Stellenplan

TOP 15.1 Klimaschutz- und Projekt-Koordination - Anträge der CDU-Fraktion sowie der Fraktion Pro Coesfeld zum Stellenplan 2026
Vorlage: 050/2026

Herr I. Beigeordneter Hänsel betont, dass der Verwaltung zwei Stellen im Klimamanagement und eine zusätzliche Stelle für das Projektmanagement sehr wichtig sei. Aufgrund neuester Erkenntnisse stellt Herr Hänsel noch einen Kompromissvorschlag vor. Da eine der beiden Klimamanagerinnen aufgrund von Schwangerschaft einige Zeit außer Dienst sein werde, verbleibe praktisch nur noch eine Stelle. Die Verwaltung schlägt daher vor, eine zusätzliche Stelle einzurichten und im Gegenzug eine Stelle aus dem Klimamanagement mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen und zu gegebener Zeit nicht nachzubesetzen.

Herr Nielsen erinnert daran, dass der Rat keine konkreten Personalentscheidungen treffen könne, sondern über interne Besetzungen immer die Bürgermeisterin entscheide. Auch die SPD spreche sich dafür aus, dass das Projektmanagement stellenneutral eingerichtet werden soll. Die Verwaltung könne aber entscheiden, wo dies möglich ist.

Frau Wehling dankt den Klimamanagerinnen dafür, dass vieles auf den Weg gebracht worden sei. Die weiteren Aufgaben bräuchten weiterhin Kapazitäten. Daher solle der Weg konsequent weitergegangen werden mit zwei Stellen im Klimamanagement.

Herr Stratmann spricht sich für den CDU-Antrag aus. Das Projektmanagement solle innerhalb der bestehenden Verwaltungsstruktur geschaffen werden.

Herr Tranel betont, dass die CDU das Projektmanagement explizit an der Stelle des Klimamanagements sieht. Die Priorität solle auf dem Projektmanagement liegen.

Frau Dicke erinnert an den Antrag bzw. Beschlussvorschlag der Fraktion Pro Coesfeld, der eine mögliche Erweiterung der einzurichtenden Stabsstelle vorsieht.

Frau Albertz zeigt sich bestürzt über die Diskussion und gibt zu bedenken, dass im Fall einer Abwesenheit einer der Klimamanagerinnen und keiner zusätzlichen Stelle, der Klimaschutz auf der Strecke bleibe.

Auch Herr Honermann zeigt auf, welches Signal hierdurch an die Mitarbeitenden gesendet würde. Auch die Fraktion Volt spricht sich angesichts der vielen Projekte in den nächsten Jahren für den Erhalt der zwei Stellen im Klimamanagement aus.

Frau Albertz erkundigt sich abschließend, ob es außerhalb des Klimamanagements überhaupt Möglichkeiten gebe, das Projektmanagement innerhalb der bestehenden Verwaltung zu realisieren.

Der Leiter des Fachbereichs Zentrale Dienste und Bürgerservice, Herr Volmer, erläutert, dass im gehobenen Dienst alle Stellen verplant seien. Es gebe also keine freie Kapazität. Wenn dies so wäre, so Herr Volmer, hätte die Verwaltung ihre Arbeit nicht erledigt.

Sodann wird zunächst über den Vorschlag der Verwaltung abgestimmt und anschließend über den Antrag der CDU.

Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion:

Die Einrichtung der Stelle Projektmanagement soll Stellenplanneutral erfolgen. Hierfür kann eine der beiden Stellen genutzt werden, die aus dem Produktbereich 14 - Umweltschutz in eine neue Stabsstelle überführt werden sollen.

Beschlussvorschlag der Fraktion Pro Coesfeld:

Der Rat beschließt die Einrichtung einer Stabsstelle „Klimaschutz- und Projekt- Koordination. Hier werden beide Klimamanagerinnen u.a. auch mit der allgemeinen Projektkoordination der Gesamtverwaltung, sowie den Aufgaben im Klimamanagement beauftragt. Nach einem Jahr erfolgt eine Bewertung der Aufgaben zur möglichen Erweiterung einer zusätzlichen Stelle. Die bereits vorhandenen Stellen „Energiemanagement“ und „Mobilitätsmanagement“ unterstützen die Aufgaben.

Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung (in der Sitzung eingebracht):

Die Einrichtung der Stelle Projektmanagement soll erfolgen. Im Gegenzug wird eine der beiden Stellen aus dem Klimamanagement mit einem Vermerk „künftig wegfallend“ versehen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Altern. Beschlussvorschlag der Verwaltung	11	26	1
Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion	25	12	1
Beschlussvorschlag der Fraktion Pro Coesfeld	obsolet		

TOP 15.2 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld auf Stellenbemessung im Fachbereich 70 „Straßenneubau, -unterhaltung, Brücken“
Vorlage: 051/2026

Die Fraktion Pro Coesfeld zieht den Antrag, wie bereits im Haupt- und Finanzausschuss, zurück.

Beschlussvorschlag der Fraktion Pro Coesfeld:

Der Rat beschließt die Durchführung einer Stellenbemessung im Fachbereich 70 „Straßenneubau, -unterhaltung, Brücken“.

TOP 16 Stellenplan 2026
Vorlage: 022/2026

Herr Stratmann beantragt im Namen der Fraktion Familie, die Beschlussvorschläge 24 bis 25 sowie 34 bis 38 in eigenen Blöcken abzustimmen. Die Fraktion Familie sehe die Stellen zur sozialen Betreuung Geflüchteter weiter beim DRK.

Bezüglich der Beschlussvorschläge 34 bis 38 sieht die Fraktion kein Problem darin, die Stellenschaffungen im Team Straßenneubau, -unterhaltung, und Brücken zurückzustellen.

Herr Beigeordneter Thies teilt bezüglich des DRK mit, dass die Stellen der Betreuung mit einem Sperrvermerk versehen sind und hier zunächst die Rückmeldung des Kreises abgewartet werde.

Herr I. Beigeordneter Hänsel stellt klar, dass die Stellen im Team Straßenneubau, -unterhaltung, und Brücken dringend benötigt werden.

Herr Volmer zeigt sich massiv irritiert über den Vorschlag bezüglich der Stellen in der Straßenunterhaltung. Die Fraktion Pro Coesfeld habe den Antrag unter TOP 15.2 zurückgezogen, weil das Thema in der Vordiskussion im Ausschuss für Planen und Bauen keine Akzeptanz gefunden habe, auch seitens der Fraktion Familie nicht.

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW einzurichten.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle mit der Entgeltgruppe 9c nach Entgeltgruppe 11 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 3:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle mit der Entgeltgruppe 9c nach Entgeltgruppe 9b TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 4:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW einzurichten.

Beschlussvorschlag 5:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW einzurichten.

Beschlussvorschlag 6:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 10 LBesG NRW nach Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 7:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW nach Entgeltgruppe 10 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 8:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 9b TVöD in Entgeltgruppe 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 9:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 10 LBesG NRW nach Entgeltgruppe 9c TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 10:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 7 LBesG NRW wegfällen zu lassen.

Beschlussvorschlag 11:

Es wird beschlossen, eine 0,38 Stelle mit der Entgeltgruppe 5 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 12:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 12 LBesG NRW nach Entgeltgruppe 11 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 13:

Es wird beschlossen, eine 0,64 Stelle mit der Entgeltgruppe 9a TVöD in Entgeltgruppe 9b TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 14:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 9a TVöD wegfällen zu lassen.

Beschlussvorschlag 15:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 6 TVöD nach Besoldungsgruppe A 6 LBesG NRW umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 16:

Es wird beschlossen, eine 0,19 Stelle mit der Entgeltgruppe 9c TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 17:

Es wird beschlossen, eine 0,08 Stelle mit der Entgeltgruppe 9b TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 18:

Es wird beschlossen, eine 0,53 Stelle mit der Entgeltgruppe 9a TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 19:

Es wird beschlossen, 3,0 Beamtenstellen mit der Besoldungsgruppe A 8 LBesG NRW einzurichten.

Beschlussvorschlag 20:

Es wird beschlossen, eine 0,26 Stelle mit der Entgeltgruppe 6 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 21:

Es wird beschlossen, eine 0,18 Stelle mit der Entgeltgruppe 8 TVöD einzurichten. Die Stelle wird mit einem ku-Vermerk nach Entgeltgruppe 7 TVöD versehen.

Beschlussvorschlag 22:

Es wird beschlossen, 2,0 Stellen mit der Entgeltgruppe 4 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 23:

Es wird beschlossen, 2,0 Stellen mit der Entgeltgruppe 4 TVöD wegfallen zu lassen.

Beschlussvorschlag 24:

Es wird beschlossen, 3,0 Stellen mit der Entgeltgruppe S 12 TVöD einzurichten. Die Stellen werden mit einem Sperrvermerk versehen.

Beschlussvorschlag 25:

Es wird beschlossen, 0,5 Stellen mit der Entgeltgruppe S 12 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 26:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe S 11b TVöD nach Entgeltgruppe 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 27:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 9a wegfallen zu lassen.

Beschlussvorschlag 28:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 6 wegfallen zu lassen.

Beschlussvorschlag 29:

Es wird beschlossen, 0,23 Stellen mit der Entgeltgruppe 6 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 30:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Besoldungsgruppe A 10 LBesG NRW einzurichten.

Beschlussvorschlag 31:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 10 LBesG NRW nach Entgeltgruppe 9b TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 32:

Es wird beschlossen, 0,26 Stellen mit der Entgeltgruppe 9a TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 33:

Es wird beschlossen, 0,38 Stellen mit der Entgeltgruppe 5 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 34:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 11 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 35:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 11 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 36:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 9b TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 37:

Es wird beschlossen, eine 0,26 Stelle mit der Entgeltgruppe 9a TVöD einzurichten. Die Stelle wird mit einem kw-Vermerk versehen.

Beschlussvorschlag 38:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 9a TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 39:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 12 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 40:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 9b TVöD nach Entgeltgruppe 10 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 41:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 5 TVöD nach Entgeltgruppe 6 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 42:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW einzurichten. Die Stelle wird mit einem kw-Vermerk versehen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	8	25	5
Beschlussvorschläge 2 - 23	38	0	0
Beschlussvorschlag 24	36	2	0
Beschlussvorschlag 25	36	2	0
Beschlussvorschläge 26 - 33	38	0	0
Beschlussvorschläge 34 - 38	36	2	0
Beschlussvorschläge 39 - 42	38	0	0

TOP 17 Machbarkeitsstudien Grundschulen - Umbaumaßnahmen
Vorlage: 319/2025

Beschlussvorschlag:

1. Es wird beschlossen, den Umbau der Laurentiuschule gem. dem Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Pädagogischen Architektur umzusetzen. Die zusätzlichen Mittel i. H. v. 400.000 Euro sind in den HH 2026 aufzunehmen.
2. Es wird beschlossen, den Umbau der Lambertischule gem. dem Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Pädagogischen Architektur umzusetzen. Die Mittel i. H. v. 3,24 Mio. Euro sind beginnend mit dem HH 2028 ff. aufzunehmen.
3. Es wird beschlossen, den Umbau der Ludgerischule gem. dem Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Pädagogischen Architektur umzusetzen. Es sollen Mittel für die Umsetzung eines Clusters in den HH 2026 ff. eingestellt werden. Die Umsetzung weiterer Cluster und die damit verbundenen Finanzmittel sind ab dem HH-Jahr 2028 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	38	0	0

TOP 18 OGS-Ausbau: Ludgerischule - Alternative Umsetzungsvariante
Vorlage: 415/2025

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die Variante 3 (Abriss und Neubau des Baukörpers) zu fokussieren. Die zusätzlichen Mittel i. H. v. 670.000 Euro sind im Haushalt 2026 ff. einzustellen.

Alternative 1:

Es wird beschlossen, die Variante 2 (Umbau des gesamten Baukörpers) zu fokussieren. Die WC-Anlagen sollen zusätzlich zur Aula saniert werden. Die zusätzlichen Mittel i. H. v. 420.000 Euro sind im Haushalt 2026 ff. einzustellen.

Alternative 2:

Es wird beschlossen, die Variante 1 (Umbau sowie Erweiterung der Aula) weiter zu verfolgen. Der bestehende Mittelansatz wird um einen Risikozuschlag von 20 % (176.000 Euro) erhöht, um etwaige Unwägbarkeiten kompensieren zu können.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	38	0	0
Alternative 1	obsolet		
Alternative 2	obsolet		

TOP 19	Soziale Betreuung in den städtischen Obdachlosenunterkünften Vorlage: 002/2026
--------	---

Die SPD-Fraktion zieht ihren Antrag, wie bereits im Haupt- und Finanzausschuss, zurück.

Beschlussvorschlag (Verwaltung) - ergänzt:

Die soziale Betreuung obdachloser Personen in der Stadt Coesfeld soll auf insgesamt 1,5 Vollzeitstellen ausgeweitet werden. Der mit der Alexianer IBP GmbH bestehende Vertrag soll angepasst und fortgesetzt werden. Die erforderlichen Mittel sind in die Haushaltspläne 2026 und Folgejahre einzustellen. *Darüber hinaus wird beschlossen, dass nach 9 Monaten ein Reporting/Monitoring stattfinden soll, um die Wirksamkeit zu überprüfen.*

Beschlussvorschlag (SPD-Fraktion):

Die Stadt setzt die Zusammenarbeit mit der Alexianer IBP GmbH bei der Betreuung obdachloser Menschen in den städtischen Unterkünften fort und finanziert künftig zu diesem Zweck zwei Vollzeitstellen. Die entsprechenden Mittel sind in den Haushaltsplan 2026 und den darauffolgenden Jahren einzustellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag (Verwaltung) - ergänzt	37	0	0
Beschlussvorschlag (SPD-Fraktion)	Antrag zurückgezogen		

Frau Dicke befindet sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 20	Antrag auf Basisfinanzierung des Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Coesfeld e.V. Vorlage: 210/2025
--------	---

Bei Aufruf des Tagesordnungspunktes meldet sich Herr Kämmerling befangen i. S. d. § 31 GO NRW. Er nimmt weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.

Herr Öhmann beantragt, dass der Anteil für die Stadt Coesfeld i. H. v. 8.185 € in den Haushalt eingestellt werden soll. Dies sei keine Bereicherung; das Angebot werde angenommen. Der

Beschlussvorschlag solle, entgegen der Beschlussfassung im Haupt- und Finanzausschuss, positiv formuliert sein, sodass die Annahme das Einstellen der Haushaltsmittel zur Folge hätte.

Herr Volmer stellt klar, dass unabhängig vom Abstimmungsergebnis der Kinderschutzbund unterstützt werde. Dieser leiste wichtige Arbeit, wie z. B. den Kindernotruf. Es sei jedoch geübte Praxis, im Gleichklang mit den anderen Jugendhilfeausschüssen im Kreis zu agieren. Eine Ablehnung beziehe sich daher nur auf den Antrag selbst und stelle keine Wertung der Arbeit dar.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Coesfeld beschließt, den Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Coesfeld e.V. auf Basisfinanzierung in Höhe von 50.000 € abzulehnen.

Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Coesfeld beschließt, den Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Coesfeld e.V. auf Basisfinanzierung in Höhe von 8.185 € anzunehmen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen	Befangen
Beschlussvorschlag	31	5	1	1
Beschlussvorschlag Bündnis 90/Die Grünen	7	28	2	1

TOP 21	Anträge der Fraktionen zur Haushaltssatzung
TOP 21.1	Antrag auf Zurückstellung des Baus der Hochsicherheitspoller am Marktplatz Vorlage: 034/2026

Herr Volmer teilt mit, dass sich die Fraktion Pro Coesfeld für Sicherheitsmaßnahmen ausspreche.

Herr Stallmeyer gibt zu bedenken, dass die Poller auch nicht-städtische Veranstaltungen betreffen würden. Er äußert Bedenken bezüglich der Folgekosten und der Haltbarkeit. Zudem würden diese nur bei Fahrzeugansschlägen helfen.

Herr Flögel ergänzt, dass die Poller hochgradig unausgewogen seien, da sie nur gegen Fahrzeuge wirken würden. Somit werde nur eine bestimmte Gefahr an einem Ort bekämpft. Es werde aber ein gleichmäßiges Sicherheitskonzept gebraucht.

Beschlussvorschlag (Antrag Bündnis90/Die Grünen):

1. Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt, den geplanten Bau der Hochsicherheitspoller am Marktplatz (Investitionsmaßnahme 70STR128) vorerst zurückzustellen.
2. Die Maßnahme ist im Rahmen der Sicherheitsinfrastruktur erneut zu bewerten. Dabei sind Wirksamkeit, Reichweite und Verhältnismäßigkeit zu prüfen.
3. Ergänzend sind flexiblere Alternativen darzustellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag (Antrag Bündnis90/Die Grünen)	32	4	1

Herr Nielsen befindet sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 21.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Aufstockung Klimaschutzfonds
Vorlage: 026/2026

Beschlussvorschlag (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):

Im Haushaltsentwurf 2026 soll der Klimaschutzfonds um 25.000 € auf insgesamt 75.000 € aufgestockt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	8	27	2

Herr Nielsen befindet sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 21.3 Antrag zum Haushalt 2026 auf Bereitstellung finanzieller Mittel für die Anschaffung mobilen Equipments zur Videoübertragung von Ausschusssitzungen
Vorlage: 039/2026

Beschlussvorschlag der Fraktion Pro Coesfeld:

Der Rat beschließt die notwendigen finanziellen Mittel für die Anschaffung eines mobilen technischen Systems zur Live-Videoübertragung von Sitzungen der politischen Gremien bereitzustellen. Die Mittel werden mit einem Sperrvermerk versehen und erst freigegeben, nachdem die genauen technischen Anforderungen, der konkrete Umfang der Ausstattung sowie die Art der Umsetzung in den zuständigen Gremien beraten und beschlossen wurden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der Fraktion Pro Coesfeld	5	31	2

TOP 21.4 Antrag der CDU-Fraktion vom 14.01.2026 - Reduzierung im Budget 60 Produkt 60.01.
Vorlage: 036/2026

Herr Flögel hält, auch bezogen auf den Antrag unter TOP 21.5, die Streichung der Mittel für die Fahrradinfrastruktur für ein falsches Signal. Der Radverkehr sei ohnehin unterfinanziert und Coesfeld falle dadurch im Gegensatz zu anderen Kommunen zurück. Investitionen in den Fahrradverkehr seien verhältnismäßig günstig und hätten nur eine geringe Auswirkung auf den Autoverkehr. Generell würden Fahrradstraßen häufig im Zuge einer ohnehin fälligen Sanierung eingerichtet. Die Mittelstreichung unterstütze den Autoverkehr und führe zu mehr Verkehr in den Wohngebieten und weniger Sicherheit auf den Schulwegen.

Herr Volmer teilt mit, dass die Mittel gemäß dem Beschlussvorschlag 1 gestrichen werden können. Beim Beschlussvorschlag 2 spricht sich seine Fraktion auch für das Beibehalten der Mittel für den Kanuverein aus.

Beschlussvorschlag 1:

Dem Antrag der CDU-Fraktion zum Streichen der HH-Mittel 2026 für den Bau der Veloroute wird zugestimmt.

Beschlussvorschlag 2:

Dem Antrag der CDU-Fraktion zum Streichen der HH-Mittel 2026 für die Umgestaltung des Stadtparks wird insoweit zugestimmt, dass lediglich die veranschlagten Planungskosten für die Verlagerung des Kanuvereins in Höhe von 10.000 € gewährt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	25	9	4
Beschlussvorschlag 2	31	6	1

TOP 21.5 Antrag der CDU-Fraktion vom 14.01.2026 - Investition 70STR121 soll mit einer neuen Überplanung reduziert werden.
Vorlage: 048/2026

Herr Volmer spricht sich für den Vorschlag der Verwaltung aus. Im Sinne der Quartiere müsse etwas gemacht werden.

Herr I. Beigeordneter Hänsel erkundigt sich, ob der CDU-Antrag so verstanden werden dürfe, dass die Kosten für die Planung weiter im Haushalt 2026 verbleiben dürfen und nur die Mittel zur Umsetzung nicht in den Haushalt 2027 eingestellt werden sollen.

Die Fraktion bejaht dies.

Frau Kämmerin Mittmann erläutert, dass dies in der Änderungsliste dementsprechend passend dargestellt worden sei. Der CDU-Antrag sei insofern obsolet.

Zur klarstellenden Abgrenzung wird der Alternative Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung gebracht.

Beschlussvorschlag (CDU-Fraktion):

Dem Antrag der CDU-Fraktion im Budget 70 Produkt 70.01 die Investition 70STR121 in Höhe von 745.000 Euro mit einer neuen Überplanung zu reduzieren wird zugestimmt.

Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Mittel für die Planung der Fahrradstraßen im Hengtegebiet in Höhe von 58.000,-€ verbleiben im HH 2026. Die Mittel zur Umsetzung der Baumaßnahme „Fahrradstraßen Hengtegebiet“ werden gem. Änderungsliste zum Haushalt 2027 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag (CDU-Fraktion)	Antrag zurückgezogen, da obsolet		
Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung	18	20	0

TOP 22 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Coesfeld für das Haushaltsjahr 2026
Vorlage: 028/2026

Die Fraktionen halten ihre Reden zur Haushaltssatzung 2026.

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 einschließlich Anlagen wird unter Berücksichtigung der Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	30	8	0

TOP 23 Anfragen

Frau Vogel fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, dass es bei dem Winterwetter auf der Neutorstraße zu Stürzen von Schülerinnen und Schülern gekommen sei. Weiter fragt Frau Vogel, ob es möglich sei, die Straße zum Schulweg zu erklären, damit dort besser gestreut wird.

Herr Beigeordneter Thies antwortet, dass keine vermehrten Unfälle bekannt seien. Es gebe entsprechende Prioritäten bezüglich der Streuwege. Herr Thies sagt zu, sich zu erkundigen und eine Antwort über das Protokoll zu geben.

Antwort der Verwaltung: Vermehrte Schulwegunfälle sind der Verwaltung nicht bekannt. Die Buslinien sind deckungsgleich mit den Streulinien. Der Winterdienst wird dort also mit Priorität durchgeführt.

Herr Büscher erkundigt sich, angesichts einer Frage aus der Bürgerschaft, wie lange die Verwaltung braucht, um Anfragen zu beantworten.

Herr I. Beigeordneter Hänsel erläutert, dass darauf keine pauschale Antwort gegeben werden kann, sondern die Beantwortung von dem Umfang und der Komplexität der Fragestellung abhängig sei.

Herr Kestermann fragt in Bezug auf den Straßenabbruch in Lette, ob das Quarzwerk Baums zur Rechenschaft gezogen werden könne. Zudem bekundet er die Sorge, dass die Wirtschaftswege durch den Ausweichverkehr leiden könnten.

Herr Beigeordneter Thies verweist auf seine Ausführungen in den Mitteilungen (TOP 2). Aktuell würde Ursachenforschung durch Fachleute betrieben sowie Vermessungen im Hinblick auf weitere mögliche Erdbeben durchgeführt. Die Bezirksregierung Arnsberg sei hier als zuständige Aufsichtsbehörde involviert. Da es aktuell keine Erkenntnisse zur Ursache gebe, sei eine Aussage zu einer möglichen Haftung sowie zur Dauer der Untersuchungen nicht möglich. Sobald es Neuigkeiten gebe, werde die Verwaltung darüber informieren.

Herr I. Beigeordneter Hänsel ergänzt, dass alle Beteiligten froh darüber seien, dass nichts passiert ist. Er betont, dass die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten hervorragend sei und alle an einer schnellen Aufklärung interessiert seien. Aktuell könne sich den Vorgang aber niemand erklären.

Herr Jaske erkundigt sich nach dem Stand des Bolzplatzes am Grenzweg.

Herr I. Beigeordneter Hänsel antwortet, dass die Genehmigung für den Bolzplatz erteilt sei und dieser nun in der Umsetzung sei.

gez. Lars Vogel
1.stellv. Bürgermeister

gez. Katharina Woltering
Schriftführerin